



## Antrag

Fraktion AfD

### Russland-Sanktionen sofort beenden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird nachdrücklich aufgefordert, sich insbesondere im Bundesrat, auch weiterhin für eine sofortige Aufhebung der Russland-Sanktionen einzusetzen.

### Begründung

Nicht nur die Fraktion der Alternative für Deutschland im Magdeburger Landtag, auch die Industrie- und Handelskammer in Magdeburg und Halle-Dessau fordert aufgrund massiver Exporteinbrüche, Arbeitsplatzverluste und gefährdeter langfristiger Handelsbeziehungen bereits seit 2016 eine schnellstmögliche Aufhebung der Handelsbeschränkungen mit Russland.

Nachdem sich die Kenia-Koalition dem politischen Druck zunächst gebeugt und die Position der AfD-Fraktion bzgl. einer Aufhebung der Russland-Sanktionen in einem eigenen Antrag aufgegriffen hatte, wirkt gegenwärtig insbesondere der neue Wirtschaftsminister der Landesregierung Willingmann (SPD) auf eine Beibehaltung der Handelsbeschränkungen hin. Dies geschieht zum Schaden exportorientierter Unternehmen in Sachsen-Anhalt und stellt die Eignung des Ministers für sein Amt infrage. In diesem Kontext wird Ministerpräsident Haseloff (CDU) aufgefordert, von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch zu machen und für die Beibehaltung der bisherigen Positionierung der Landesregierung für eine Aufhebung der geo- und wirtschaftspolitisch kontraproduktiven Sanktionen gegen Russland zu sorgen. Dies gilt insbesondere für diesbezügliche Initiativen des Landes Sachsen-Anhalt im Bundesrat.

Wenn Frieden zwischen Deutschland und Russland herrscht, dann geht es Europa gut, wusste bereits Reichskanzler Otto von Bismarck. Wer miteinander Handel treibt, führt keinen Krieg. Diese geo- und wirtschaftspolitischen Binsenweisheiten außer Acht lassend hat die EU im Zuge des russisch-ukrainischen Konfliktes um die Halbinsel Krim im Jahre 2014 einen Handelskrieg mit Russland begonnen.

(Ausgegeben am 08.06.2017)

Die von der EU verhängten, vom Merkel-Regime mitgetragenen und geopolitisch wirkungslosen Sanktionen haben die sachsen-anhaltische Exportwirtschaft massiv geschädigt. Zwischen 2014 und 2016 haben sich die Exporte aus Sachsen-Anhalt nach Russland halbiert und verharren seitdem auf niedrigem Niveau. Die Einschränkung des wichtigen Absatzmarktes Russland hat sich verheerend auf die Umsätze zahlreicher Unternehmen in Sachsen-Anhalt ausgewirkt und zu einer Gefährdung von Arbeitsplätzen geführt.

Betroffen sind insbesondere die Lebensmittelindustrie sowie der Maschinen- und Anlagenbau. Im Jahre 2015 musste beispielsweise das in Magdeburg ansässige Maschinenbauunternehmen Vakoma infolge einbrechender Exporte Konkurs anmelden. Vakoma hatte 90 Prozent seiner Umsätze mit Lieferungen nach Russland generiert. Der in Hörbig (Anhalt Bitterfeld) ansässige Schleifmaschinenhersteller FLP hat seit Beginn der Sanktionen gegen Russland 50 Prozent seines Umsatzes verloren. Gegenwärtig sind beim Förderanlagenbauer FAM mit Sitz in Magdeburg Personalabbau und Kurzarbeit im Gespräch. Grund dafür sind unter anderem weggebrochene Großaufträge aus Russland. FAM hat in Magdeburg rund 800 Arbeitsplätze geschaffen.

Über Jahrzehnte hinweg organisch gewachsene Handelsbeziehungen drohen infolge der Russland-Sanktionen - teilweise unwiederbringlich - zerstört zu werden. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund einer drohenden Abwendung der russischen Volkswirtschaft vom Handel mit europäischen Industrienationen bei gleichzeitiger Hinwendung zum asiatischen Markt.

In diesem Zusammenhang wird explizit auf das chinesische Investitionsprogramm mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 900 Milliarden Euro zur Errichtung einer „neuen Seidenstraße“ unter Einbeziehung Russlands mittels Schaffung eines infrastrukturellen Netzwerkes bestehend aus Straßen, Eisenbahnstrecken, Häfen und Flughäfen verwiesen. Aufgabe einer zukunftsorientierten Wirtschaftspolitik seitens der Landesregierung wäre nunmehr, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass möglichst viele Unternehmen aus Sachsen-Anhalt lukrative Aufträge im Rahmen dieses massiven und zukunftssträchtigen Investitionsprogrammes erhalten. Doch genau dies wird durch das sture Beharren des Wirtschaftsministers auf einer Beibehaltung der Sanktionen gegen Russland konterkariert.

Die aus geopolitischer Korrektheit resultierende fahrlässige Preisgabe signifikanter Teilbereiche des russischen Marktes ist für Deutschland besonders in handels- und energiepolitischer Hinsicht kontraproduktiv, da sich die deutsche (hier v. a. Investitionsgüterexporte) und die russische Volkswirtschaft (hier v. a. Rohstoffexporte) als Handelspartner nahezu idealtypisch ergänzen.

Durch die neuerliche Intensivierung wechselseitiger Handelsbeziehungen zwischen beiden Nationen entstünde folglich eine klassische „Win-Win-Situation“. Einerseits würde die deutsche Energiesicherheit erhalten bzw. gefestigt. Andererseits könnte eine weitere Modernisierung der russischen Wirtschaft durch qualitativ hochwertige Exporte insbesondere im Bereich des Maschinen- und Anlagenbaus eingeleitet werden.

Robert Farle  
Parlamentarischer Geschäftsführer